

Rauschende Feste auf Kosten der Flüchtlinge Millionenbetrug in der Würzburger Erstaufnahmeeinrichtung

VON: Caritas Flüchtlingsberatung
Thomas Zeller
TEL. 0931-9802-291

1. Presse-Erklärung Caritas Flüchtlingsberatung in der Aufnahmeeinrichtung
2. Artikel: MAIN-ECHO vom 28.09.2000
3. Artikel: MAIN-POST vom 28.09.2000

Presse-Erklärung

Rauschende Feste auf Kosten der Flüchtlinge

Im Interesse der Flüchtlinge fordert die Caritas Flüchtlingsberatung das Ende der Sachleistungen und die Umstellung auf Bargeldleistungen. Angestellte der Regierung von Unterfranken werden beschuldigt Lebensmittel, die für die Flüchtlinge bestimmt waren, verkauft bzw. mit nach Hause genommen zu haben. Menschen mit traumatischen Erlebnissen von Terror, Gewalt, Leid und Tod, die zum Teil mit nichts weiter fliehen müssen, als den Kleidern die sie tragen, wurden um ihr Essen betrogen!

Nach letzten Berichten ist die Zahl der Beschuldigten und Inhaftierten auf acht Personen gestiegen. Neben einem Kaufmann und ehemaligen zweiter Bürgermeister einer Gemeinde im Landkreis Würzburg, der Leiterin und dem stellvertretenden Leiter saßen bis vor kurzem noch vier Hausmeister in Untersuchungshaft. Auch eine Würzburger Großbäckerei wird der Beihilfe zum Betrug beschuldigt. Alle stehen im Verdacht, der Regierung von Unterfranken mehr Lebensmittel für Asylbewerber in Rechnung gestellt zu haben, als Flüchtlinge in der Aufnahmeeinrichtung untergebracht waren. Laut Staatsanwaltschaft beträgt der Schaden eine Million Mark.

Inzwischen hat jedoch der Betrug eine neue Dimension erreicht. Nicht nur die Regierung von Unterfranken wurde hinters Licht geführt. Auch die Flüchtlinge sind von dem Betrug betroffen. Nach Zeugenaussagen und Teilgeständnissen scheint nun klar, dass die Flüchtlinge selbst im Großen Stil betrogen wurden.

Bei der täglichen Essensausgabe wurden den Flüchtlingen die ihnen zustehenden Lebensmittel bewußt vorenthalten um sie ihnen dann parallel dazu zu verkaufen. Manche Familien mussten für diese „Zusatzversorgung“ die Hälfte ihres Mini-Taschengeldes aufwenden. Zu diesem Zweck wurde in der Kantine eine Art "Supermarkt" betrieben. Nach Aussage einer Zeugin habe die Leiterin bei der Ausgabe selbst mit Hand angelegt.

Die Flüchtlinge beobachteten auch wie die nun Beschuldigten Plastiktüten

voll Essen zu ihren Autos trugen und wohl mit nach Hause genommen haben. Was die Flüchtlinge nicht wußten, dass diese Lebensmittel für sie bestimmt waren und sie in diesem Moment betrogen wurden. Die Bediensteten in der Aufnahmeeinrichtung haben darüber hinaus in direkter Nachbarschaft zu den Flüchtlingen im Lager „rauschende Feste gefeiert“. Der Leitende Oberstaatsanwalt Peter Schauff geht davon aus, dass die dabei verzehrten Lebensmittel für die Asylbewerber bestimmt waren.

Gegenüber der Caritas Flüchtlingsberatung und anderen Helfergruppen klagten Flüchtlinge immer wieder über die Essensversorgung. Eine Kontrolle der ausgegebenen Lebensmittel auf Vollständigkeit war den Flüchtlingen nicht möglich, da den täglichen Essenstüten keine Inhaltslisten beigelegt wurden. Darüber hinaus weisen verschiedenste Untersuchungen nach, dass der Wert der Lebensmittelpakete ohnehin 40-50 DM unter dem gesetzlich vorgeschriebenem Warenwert von 254 DM liegt.

Alles in allem eine schwer zu fassende Grauzone, die zu Betrug und Manipulation einlädt wie die Würzburger Vorgänge drastisch zeigen. Bezeichnend ist auch ein Gutachten der Staatsanwaltschaft Würzburg. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Lieferanten der Sachleistungen traumhafte Gewinne bei ihren Geschäften mit dem Bezirk Unterfranken gemacht haben.

Das Sachleistungsprinzip hat auf Drängen Bayerns Eingang in das zum 1. November 1993 in Kraft getretene Asylbewerberleistungsgesetz gefunden. Seitdem erhalten Asylbewerber, die wegen des geltenden generellen Arbeitsverbotes auf Sozialleistungen angewiesen sind bis zu 30 % weniger Leistungen als ein normaler Sozialhilfeempfänger.

Die ausschließliche Versorgung von Flüchtlingen mit Essenspaketen, das Arbeitsverbot, das Verbot den zugewiesenen Landkreis nicht zu verlassen und weitere Auflagen für Flüchtlinge, sind eine Entmündigung und verstoßen gegen die Menschenrechte. Selbst eine Lieferfirma räumte in einem Interview ein, dass die Versorgung mit ihren Lebensmittelpaketen über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten hinaus „eigentlich nicht gutgehen kann“. Darüber hinaus kostet die Versorgung mit Sachleistungen dem Steuerzahler wesentlich mehr Geld als die „normale Sozialhilfe“ und lädt obendrein zu skandalösem und millionsenschweren Mißbrauch ein.

Die Caritas Flüchtlingsberatung, die neben einem Mitarbeiter für Flüchtlinge in Stadt und Landkreis Würzburg, mit zwei hauptamtlichen Stellen und einem kleinen Team ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Aufnahmeeinrichtung selbst vertreten ist, fordert im Interesse der Gesundheit der Flüchtlinge und deren Recht auf ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben eine grundlegende Verbesserung der Lebensmittelversorgung.

Die Flüchtlinge werden immer mehr entmündigt, ausgegrenzt und isoliert. Die Menschen werden immer mehr zum Fremdkörpern. Ein Kontakt zu Deutschen ist durch die bestehenden Einschränkungen von vornherein

verbaut. All dies zu einer Zeit in der von allen Seiten zum Engagement gegen Fremdenhass und für Fremdenfreundlichkeit aufgerufen wird, in einer Zeit in der sich besonders Politiker und Entscheidungsträger für Toleranz und Fremdenfreundlichkeit stark machen.

MAIN-ECHO

Donnerstag, 28.09.2000

Regierung lehnt Umstellung auf Bargeld für die Asylbewerber in Würzburg ab

Vorwürfe der Caritas zurückgewiesen: Nicht System schuld, sondern Mitarbeiter

Würzburg. Angesichts der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Würzburg gegen acht frühere Angestellte der Regierung von Unterfranken wegen Betrugs in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) hat die Caritas-Flüchtlingsberatung in der Diözese Würzburg das Ende von Sachleistungen und die Umstellung auf Bargeldleistungen gefordert. Wie der Leiter der Flüchtlingsberatung, Thomas Zeller, gestern sagte, könne nur so verhindert werden, dass Menschen mit »traumatischen Fluchterlebnissen« nicht auch noch um ihr Essen »betrogen« würden.

Das Sachleistungsprinzip war auf Drängen des Freistaats Bayern zum 1. November 1993 in das Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen worden. Seitdem erhalten Asylbewerber, die wegen des generell geltenden Arbeitsverbots auf Sozialleistungen angewiesen sind, bis zu 30 Prozent weniger Geld als ein deutscher Sozialhilfeempfänger. Ihre Lebensmittel bekommen die Asylbewerber in Essenspaketen, die je nach den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen auch unterschiedliche Inhalte aufweisen.

Die Mitarbeiter der ZAST sollen nach dem derzeitigen Ermittlungsstand der Regierung von Unterfranken durch Abrechnungsbetrug einen Schaden von rund einer Million Mark zugefügt haben. Einem ehemals in der ZAST tätigem Kaufmann eines Nürnberger Unternehmens wird vorgeworfen, mehr als zwei Jahre lang täglich bis zu 140 Lebensmittelpakete mehr abgerechnet zu haben, als an die Asylbewerber verteilt wurden.

Die Caritas-Flüchtlingsberatung wirft der Regierung nun vor, dass Flüchtlinge bereits seit Jahren über die Essensversorgung geklagt hätten, ohne dass es zu einer Verbesserung gekommen sei. Eine wirkliche Kontrolle der ausgegebenen Lebensmittel auf ihre Vollständigkeit sei nie möglich gewesen, da den täglichen Essenstüten keine Inhaltslisten beigefügt waren. Zudem gebe es Untersuchungen darüber, dass der Warenwert der Lebensmittelpakete, der rund 250 Mark betragen sollte, in ganz Deutschland regelmäßig um 40 bis 50 Mark unterschritten werde, so Thomas Zeller.

In der Würzburger Zentralen Aufnahmestelle sei es zu einer »Grauzone« gekommen, wirft die Caritas-Flüchtlingsberatung der Regierung vor, die zu »Betrug und Manipulation« eingeladen habe. Aus einem Gutachten der Staatsanwaltschaft Würzburg gehe hervor, dass die Lieferanten der Essenspakete traumhafte Gewinne gemacht haben, so Zeller.

Die Sprecherin der Regierung von Unterfranken, Birgit Rappel, trat gestern den Vorwürfen der Caritas entgegen, wonach es sich bei den aufgedeckten millionenschweren Betrügereien um »Fehler im System« handele. Verantwortlich für die Missstände sei nicht die Ausgabe von Essenspaketen. Deshalb bestehe auch kein Grund, das System auf Geldleistungen umzustellen, was schon deshalb nicht gehe, weil es im Asylbewerberleistungsgesetz bundesweit festgeschrieben sei.

Schuld an den Missständen seien acht Mitarbeiter, von denen inzwischen sechs eine fristlose Kündigung erhalten haben, sagte Rappel. Mit einem früheren Mitarbeiter sei ein Aufhebungsvertrag abgeschlossen worden, mit einem weiteren Mitarbeiter stehe man noch in Verhandlungen. gufri

MAIN-POST Donnerstag, 28.09.2000

Regierung reagiert auf Millionenbetrug
ZAST-Mitarbeiter fristlos entlassen

WÜRZBURG (Gisela Schmidt) Sechs Angestellten hat die Regierung fristlos gekündigt, eine siebte Kündigung ist in Vorbereitung. Außerdem wurde ein Aufhebungsvertrag geschlossen.

Die Regierung von Unterfranken will acht Mitarbeiter loswerden. Der Grund: Die acht, unter ihnen die Leiterin der Würzburger Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST), ihr Stellvertreter und vier Hausmeister der Einrichtung stehen unter dem Verdacht, der Behörde täglich rund 150 Lebensmittel-Pakete mehr in Rechnung gestellt zu haben, als Flüchtlinge in dem Haus verköstigt wurden (wir berichteten).

Nach Informationen der Main-Post haben ZAST-Mitarbeiter Essen und Getränke, die die Regierung von Unterfranken den Flüchtlingen kostenfrei zur Verfügung stellt, an die Asylbewerber verkauft. Außerdem sollen die Beschuldigten mit den Lebensmittel-Rationen der Asylbewerber Feste gefeiert und Essens-Pakete mit nach Hause genommen haben. Den Schaden, der dadurch der Regierung von Unterfranken und damit dem Steuerzahler entstanden ist, beziffert der Würzburger Leitende Oberstaatsanwalt Peter Schauff mit "rund einer Million Mark".

Der mutmaßliche Drahtzieher der Betrügereien, ein Kaufmann und ehemaliger zweiter Bürgermeister aus dem Landkreis Würzburg, sitzt wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr seit dem 18. August in Untersuchungshaft. Die Haftbefehle gegen die Regierungsmitarbeiter

wurden am 5. September außer Vollzug gesetzt. Nach ihrer Verhaftung waren die ZAST-Mitarbeiter bei vollen Bezügen vom Dienst suspendiert worden. Pressesprecherin Birgit Rappel am 31. August gegenüber der Main-Post: "Eine fristlose Kündigung ist aus rechtlichen Gründen zurzeit nicht möglich."

Heute, nachdem die Regierung laut Rappel "eigene Ermittlungen angestellt" und "Einsicht in einen Teil der Akten der Staatsanwaltschaft bekommen" hat, sieht das offenbar anders aus. Auf jeden Fall hat die Behörde sechs fristlose Kündigungen, unter anderem wegen des Verdachts der Vorteilsannahme, ausgesprochen. Ein siebtes Kündigungsverfahren ist nach Angaben der Sprecherin noch in Arbeit. Ein achter Mitarbeiter der Regierung, der ebenfalls in den ZAST-Skandal verwickelt sein soll, hat bereits einen Aufhebungsvertrag unterschrieben. Nach Informationen der Main-Post wehren sich die sechs gekündigten Angestellten gegen die Entscheidung der Regierung und wollen Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht einreichen.

Derweil hat sich in der Würzburger ZAST einiges geändert. So werden die Essens-Pakete nicht mehr vor Ort gepackt, sondern von der Nürnberger Lieferfirma fertig zusammengestellt in die Aufnahmestelle gebracht. Außerdem gibt es nach den Worten von Birgit Rappel "Stichproben".

Die Caritas-Flüchtlingsberatung ist dennoch der Meinung, dass die Lebensmittelversorgung in der Würzburger ZAST "zu Betrug und Manipulation einlädt". Weil den Lebensmittel-Paketen keine Inhalts-Listen beiliegen, sei es den Flüchtlingen nicht einmal möglich, ihre Lebensmittel-Rationen auf Vollständigkeit zu überprüfen. Flüchtlingsbetreuer Thomas Zeller: "Jeder Asylbewerber hat monatlich Anspruch auf Lebensmittel im Wert von durchschnittlich 254 Mark." Untersuchungen hätten jedoch bewiesen, "dass der Inhalt der Essens-Pakete 40 bis 50 Mark weniger wert" sei.

Um weitere Manipulationen zu vermeiden, schlagen die Flüchtlingsberater vor, die Lebensmittel-Pakete abzuschaffen und die Würzburger ZAST-Bewohner aus einem festgelegten Angebot "selbst auswählen zu lassen, was sie essen möchten". In der Landsberger ZAST werde dieses Verfahren, das "zu mehr Transparenz" führe und den "Arbeitsaufwand deutlich reduziere", erfolgreich betrieben, sagt die Flüchtlingsberatung. Außerdem erneuerte die Caritas ihre alte Forderung, die Sachleistungen für Asylbewerber grundsätzlich abzuschaffen und den Flüchtlingen Bargeld auszuzahlen.